17.04.2016

Bebauung Friedhofserweiterungsfläche Hau wird nicht grundsätzlich ausgeschlossen

Nach den bisher geäußerten Bedenken und Presseverlautbarungen zur Bebauung der Friedhofserweiterungsfläche in der Ortschaft Hau, da war der Verlauf der Diskussion im Hauptausschuss dann schon etwas überraschend. So äußerten einige Ausschussmitglieder konkurrierender Fraktionen, dass sie die Argumentation der SPD zur Bebauung in Teilen durchaus nachvollziehen könnten. Die Sozialdemokraten hatten zuvor nochmals ihre Argumente vorgetragen. Sie begrüßten auch ein Statement von CDU/Grüne, worin diese sich zwar nicht für die Bebauung aussprachen – aber sie wurde darin auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die weitere Vorgehensweise wollen beide Fraktionen vom Ergebnis einer Bürgerversammlung abhängig machen. SPD-Fraktionsvorsitzender Willi van Beek wünschte ebenfalls die Durchführung der Bürgerbeteiligung und bat die Verwaltung zudem zu prüfen, inwieweit der auf dem Gelände seit jüngstem angelegte Garten „Essbare Stadt“ entweder in die Bebauung einbezogen oder eine alternative Fläche angeboten werden könnte.

Die FDP argumentierte nachvollziehbar, dass man die Überlegungen für eine Bebauung ansatzweise verstehen könne, diese jedoch den Verlust der Grünfläche ihrer Meinung nach nicht aufwiegen würde. Die Freidemokraten blieben ihrer Linie treu und lehnten eine Bebauung ab.

CDU/Grüne waren es, die schließlich gemeinsam im Hauptausschuss beantragten eine Bürgerversammlung durchzuführen. Dem schlossen sich die Sozialdemokraten folgerichtig an. Erst danach soll nochmals über die weitere Vorgehensweise und Aufstellung eines Bebauungsplanes beraten und entschieden werden.

„Es bestand lange vollkommene Unklarheit darüber, ob überhaupt eine Ratsmehrheit einer Prüfung der Bebauung eine Chance geben wird. Mit dem Statement von CDU/Grüne wird die Bebauung zumindest nicht mehr von vornherein grundsätzlich ausgeschlossen“, so van Beek. „Jetzt macht es auch Sinn eine Bürgerversammlung durchzuführen um die Pläne dort zu thematisieren. Die Einwohner können sich nun in

der Versammlung informieren sowie Ihre Bedenken oder auch ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen. Das ist gut und selbstverständlich. Dafür ist die SPD. Wir verfolgen redliche Absichten - wie wir meinen zum Vorteil der Gemeinde und Einwohner. Man kann hier zustimmen oder es ablehnen. Wir gehen offen damit um und verstecken unsere Position nicht hinter irgendwelchen Formulierungen", erklärt Willi van Beek.